

STÄRKEN STATT VERBIETEN - RECHTE JUNGER MENSCHEN SCHÜTZEN!

Position des Bundesjugendwerks der AWO zu einem wirksamen Kinder- und Jugendschutz in digitalen Lebenswelten



Hassrede, Desinformation, Cybermobbing, sexualisierte Gewalt, diskriminierende Inhalte sowie manipulative und suchtfördernde Plattformen gefährden Kinder und Jugendliche im Internet. Der Schutz junger Menschen im digitalen Raum muss deshalb deutlich verbessert werden.

Aus Sicht des Bundesjugendwerks der AWO ist ein pauschales Social-Media-Verbot jedoch keine geeignete Antwort auf diese Herausforderungen. Es greift zu kurz, verlagert die Verantwortung auf junge Menschen und ihre Familien und löst die strukturellen Probleme digitaler Plattformen nicht. Gleichzeitig würde ein Verbot die Möglichkeiten junger Menschen zur Information, Beteiligung, Vernetzung und politischen Teilhabe erheblich einschränken. Die [qualitative Studie](#) des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt macht das ebenfalls deutlich.

Als Jugendverband vertreten wir die Interessen junger Menschen. Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Schutz, aber Schutz steht nicht über ihren anderen Rechten. Ebenso wichtig sind ihre Rechte auf Beteiligung, Bildung, Information und freie Meinungsäußerung. Denn für Kinder und Jugendliche ist Schutz essenziell, um teilzuhaben. Ihre Rechte gelten uneingeschränkt, auch im digitalen Raum.

Wir unterstützen die Empfehlungen der unabhängigen Expert*innenkommission, die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) für einen zeitgemäßen Kinder- und Jugendschutz erarbeitet wurden. Die Kommission macht deutlich, dass wirksamer Kinder- und Jugendschutz nur gelingt, wenn Schutz, Befähigung und Teilhabe gemeinsam gedacht werden. Statt die Verantwortung auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu verlagern, müssen insbesondere die Anbieter digitaler Plattformen stärker in die Pflicht genommen werden.

Wir unterstützen insbesondere die Empfehlungen der Kommission für verbindliche Safety-by-Design-Ansätze, einschließlich altersgerechter und datenschutzfreundlicher Voreinstellungen. Darüber hinaus befürworten wir eine wirksame Regulierung digitaler Plattformen, eine stärkere Medienbildung und die verbindliche Beteiligung junger Menschen an (digital)politischen Entscheidungen.

Verbindliches Safety by Design

Digitale Dienste müssen bereits bei ihrer Entwicklung so gestaltet werden, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen von Anfang an berücksichtigt wird. Sicherheit darf nicht erst nachträglich durch einzelne Maßnahmen hergestellt werden, sondern muss fester Bestandteil der Plattformen sein.

Dazu gehören insbesondere transparente Empfehlungsalgorithmen, ein Verbot manipulativer Designpraktiken (Dark Patterns), wirksame Maßnahmen gegen Hassrede, Desinformation, sexualisierte Gewalt und Diskriminierung sowie eine stärkere Verantwortung der Plattformbetreibenden für die Folgen ihrer Geschäftsmodelle. Schutz bedeutet nicht nur, schädliche Inhalte zu entfernen, sondern Risiken frühzeitig zu verhindern und wirksame Schutzmechanismen bereitzustellen.

STÄRKEN STATT VERBIETEN - RECHTE JUNGER MENSCHEN SCHÜTZEN!



Position des Bundesjugendwerks der AWO zu einem wirksamen Kinder- und Jugendschutz in digitalen Lebenswelten

Altersgerechte und datenschutzfreundliche Voreinstellungen

Kinder und Jugendliche brauchen einen wirksamen Schutz im digitalen Raum, ohne von digitaler Teilhabe ausgeschlossen zu werden. Deshalb setzen wir auf altersgerechte und datenschutzfreundliche Standardeinstellungen, die ein hohes Schutzniveau gewährleisten, ohne die Privatsphäre der Nutzer*innen zu beeinträchtigen.

Pauschale Altersverbote oder verpflichtende Altersverifikationen halten wir dagegen nicht für zielführend. Sie lassen sich häufig umgehen, werfen erhebliche Datenschutzfragen auf und können den Zugang zu wichtigen Informations-, Beratungs- und Teilteilungsangeboten erschweren. Erforderlich sind stattdessen wirksame und datenschutzfreundliche Schutzmaßnahmen.

Wirksame Regulierung digitaler Plattformen

Die größten Risiken für Kinder und Jugendliche entstehen durch die Geschäftsmodelle digitaler Plattformen. Empfehlungsalgorithmen, personalisierte Werbung und auf Aufmerksamkeit ausgerichtete Designmechanismen begünstigen die Verbreitung problematischer Inhalte und stellen wirtschaftliche Interessen häufig über den Schutz der Nutzer*innen. Deshalb müssen Plattformen stärker reguliert und ihre Betreibenden stärker in die Verantwortung genommen werden. Ziel ist eine digitale Umgebung, in der Sicherheit, Transparenz und der Schutz von Grundrechten Vorrang vor kommerziellen Interessen haben.

Medienbildung stärken

Nachhaltiger Kinder- und Jugendschutz gelingt durch Bildung, Begleitung und Befähigung und nicht durch Verbote. Junge Menschen müssen lernen, digitale Medien kompetent, kritisch und selbstbestimmt zu nutzen. Deshalb fordern wir den flächendeckenden Ausbau der Medienbildung, der Demokratiebildung und der digitalen Bildung in Schulen sowie in der Kinder- und Jugendhilfe. Jugendverbände leisten hierzu bereits einen wichtigen Beitrag, indem sie digitale Kompetenzen vermitteln und demokratische Teilhabe fördern. Diese Arbeit muss langfristig finanziell abgesichert werden.

Junge Menschen verbindlich beteiligen

Digitale Teilhabe ist gesellschaftliche Teilhabe. Soziale Medien sind für junge Menschen nicht nur ein Ort zur Unterhaltung und zum Posten. Sie dienen auch der Kommunikation, Information, politischen Meinungsbildung und des ehrenamtlichen Engagements. Auch die Jugendverbandsarbeit findet heute selbstverständlich im digitalen Raum statt. Wer jungen Menschen den Zugang zu digitalen Räumen pauschal verwehrt, schränkt ihre gesellschaftliche und demokratische Teilhabe ein.

STÄRKEN STATT VERBIETEN - RECHTE JUNGER MENSCHEN SCHÜTZEN!

Position des Bundesjugendwerks der AWO zu einem wirksamen Kinder- und Jugendschutz in digitalen Lebenswelten



Deshalb dürfen digitalpolitische Entscheidungen nicht ohne die Perspektiven junger Menschen getroffen werden. Ihre Erfahrungen und Bedürfnisse sind unverzichtbar, um wirksame, praxisnahe und akzeptierte Regelungen für den digitalen Raum zu entwickeln.

Unsere Forderungen

Das Bundesjugendwerk der AWO fordert daher:

- den Verzicht auf pauschale Social-Media-Verbote und starre Altersgrenzen,
- die gleichwertige Umsetzung der Schutz-, Beteiligungs- und Teilhaberechte aus der UN-Kinderrechtskonvention,
- eine konsequente Regulierung digitaler Plattformen,
- eine sichere Ausgestaltung der Apps und Plattformen von Anfang an (Safety by Design),
- das Verbot von manipulativen und intransparenten Tricks in Apps und sozialen Netzwerken sowie Funktionen, die bewusst abhängig machen sollen,
- transparente und nachvollziehbare Empfehlungsalgorithmen,
- datenschutzfreundliche Schutzmechanismen,
- den flächendeckenden Ausbau der Medien-, Demokratie- und Digitalkompetenzbildung,
- die Unterstützung von sicheren, jugendgerechten alternativen Social-Media-Plattformen,
- den Ausbau von und verbesserten Zugang zu Beratungs- und Meldestellen bei digitaler Gewalt,
- eine langfristige und verlässliche Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugendverbandsarbeit,
- die verbindliche Beteiligung junger Menschen an allen Entscheidungen, die ihre digitale Lebenswelt betreffen.

Diese Maßnahmen schaffen die Voraussetzungen für einen wirksamen Kinder- und Jugendschutz im digitalen Raum, ohne die Rechte junger Menschen auf Teilhabe, Information und Selbstbestimmung einzuschränken. Dafür müssen Plattformen endlich Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Geschäftsmodelle übernehmen. Junge Menschen als eigenständige Rechtsträger*innen müssen anerkannt und in ihren Rechten gestärkt werden. Nur so kann ein digitaler Raum entstehen, in dem Kinder und Jugendliche sicher, selbstbestimmt und demokratisch teilhaben können.